

Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung öffentlich

Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum
Amt 51	S0056/13	21.03.2013

zum/zur

A0025/13 - Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei

Bezeichnung

Befragung von Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe zur Situation von lesbischen, schwulen und transgender Kindern, Jugendlichen und Eltern in Magdeburg

Verteiler

Tag

Der Oberbürgermeister	02.04.2013
Jugendhilfeausschuss	18.04.2013
Ausschuss für Familie und Gleichstellung	14.05.2013
Stadtrat	06.06.2013

Magdeburg gilt bereits als eine weltoffene und liberale Stadt, auch in Bezug auf den Umgang mit Lesben, Schwulen und bisexuellen Bürgern. Trotzdem ist es weiterhin erforderlich, dass Politik und Verwaltung sich auch zukünftig für die Belange dieser Zielgruppe engagiert und darauf bedacht ist, die Lebenssituation der ihr Zugehörigen nachhaltig zu verbessern.

Magdeburg hat eine Gesamteinwohnerzahl von ca. 232.000. Bei einem gleichgeschlechtlich orientierten Bevölkerungsanteil von ca. 5 % bis 10 % (%-Zahlen gelten als erwiesen) leben somit mindestens 11.500 bis 23.000 Lesben, Schwule und Bisexuelle in Magdeburg.

Die gewünschte Befragung könnte eine Methode sein, um den Bedarf an rechtlich verbesserte Rahmenbedingungen für Toleranz und Akzeptanz im Alltag zu ermitteln. Vom Jugendamt wird zurzeit hier keine Priorität gesehen, da diese Befragung mit einem sehr hohen Arbeitsaufwand und zusätzlichen Kosten verbunden sein würde.

Die als Vorbild angeführte Studie aus München wurde in Federführung durch die Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen der Landeshauptstadt erstellt. Diese hat die Befragung von Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe zur Situation von lesbischen, schwulen und transgender Jugendlichen als verantwortliche Stelle koordiniert.

Wichtige Partner im Rahmen der Befragung waren die Beratungsstellen für Schwule und Lesben in München, das Statistische Amt sowie das Sozialreferat, welches Hauptkooperationspartner war. Die Leitungen des Stadtjugendamtes, der Sozialbürgerhäuser und der ARGE für Beschäftigung, haben die Aktion der Koordinierungsstelle unterstützt und dadurch zu ihrem Erfolg beigetragen. Die ausweisbaren Kosten in Höhe von 7.000 EUR entstanden insbesondere für die statistische Erfassung der Fragebögen, dem Druck der Antwortkuverts und der Broschüre.

Die konkreten Fragestellungen für den zehnsseitigen Fragebogen wurden in der Koordinierungsstelle entwickelt, wobei die eigentliche Befragung auf zwei Monate angelegt war. In Bremen, wo es eine ähnliche Befragung gab, wurde die Datenerfassung sowie die statistische Auswertung der Fragebogenaktion über einen Werkvertrag extern vergeben. Die Kosten beliefen sich auf 2.200 EUR.

Will die Landeshauptstadt Magdeburg, wie im Antrag der Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei vorgeschlagen, eine Befragung von Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe zur Situation von lesbischen, schwulen und transgender Kindern, Jugendlichen und Eltern in Magdeburg durchführen, sollte die Federführung beim Amt für Gleichstellung liegen.

Als Kooperationspartner müssen dann die Institutionen mit einbezogen werden, die auf Grund ihres Arbeitsumfeldes diese Problematik tangiert. Außerdem müssen zusätzliche finanzielle Mittel und entsprechende personelle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

Beachtet werden sollten dann auch die Ergebnisse der Mitte März 2013 stattfindenden Fachkonferenz „Gesamtgesellschaftlicher Aktionsplan für Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans* und Intersexuellen (LSBTI) und gegen Homo- und Transphobie in Sachsen-Anhalt“. Berücksichtigung muss weiterhin finden, dass diese Befragung und vor allem auch die Auswertung einen erheblichen Zeitaufwand in Anspruch nehmen werden und das zusätzliche Kosten für Erarbeitung und Druck des Fragebogens entstehen.

Brüning